Stellungnahme des Amtes für Mobilität zur Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche

Die vorgeschlagene Maßnahme ist ordnungspolizeiliche Maßnahme nach der Straßenverkehrsordnung. Dabei handelt es sich um staatliches Handeln, das nicht der Entscheidungszuständigkeit des Bezirksbeirates liegt. Somit liegt ein Geschäft der laufenden Verwaltung vor. Die Informationsvorlage 0040/2021/IV wird von uns geprüft und die Ergebnisse schriftlich mitgeteilt.

Zur Begründung erhalten Sie noch folgende Informationen:

Eine Umsetzung von verkehrsberuhigten Bereichen kann nicht auf Grundlage der damaligen Informationen erfolgen und sich darauf berufen werden. Das Amt für Mobilität prüft alle Maßnahmen nach heutiger Rechtsgrundlage und stimmt diese mit der Verkehrspolizei ab. Gerade im Hinblick auf verkehrsberuhigte Bereiche sind alle rechtlichen Voraussetzungen ausführlich zu prüfen und die Vorteile und Nachteile eines verkehrsberuhigten Bereichs aufgezeigt werden. Ziel einer vernünftigen und sicheren Verkehrsberuhigung ist es, den nicht weniger werdenden Verkehrsstrom auf sogenannte Hauptverkehrsstraßen zu verlagern und die Wohnbereiche weitestgehend vom Durchgangsverkehr freizuhalten. Eine Geschwindigkeitsreduzierung wird nicht allein durch die Installation von einem Verkehrszeichen „325“ oder zusätzlichen Piktogrammen erzielt werden – wir werden hier verstärkt auf geeignetere Maßnahmen zurückgreifen.

Die Straßenverkehrsordnung in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO schreibt zu den Zeichen 325.1 und 325.2 Verkehrsberuhigter Bereich Folgendes Voraussetzungen vor:

I.

Ein verkehrsberuhigter Bereich kann für einzelne Straßen oder Bereiche in Betracht kommen. Die Straßen oder Bereiche dürfen nur von sehr geringem Verkehr frequentiert werden und sie müssen über eine überwiegende Aufenthaltsfunktion verfügen. Solche Straßen oder Bereiche können auch in Tempo 30-Zonen integriert werden.

II.

Die mit Zeichen 325.1 gekennzeichneten Straßen oder Bereiche müssen durch ihre besondere Gestaltung den Eindruck vermitteln, dass die Aufenthaltsfunktion überwiegt und der Fahrzeugverkehr eine untergeordnete Bedeutung hat. In der Regel wird ein niveaugleicher Ausbau für die ganze Straßenbreite erforderlich sein.

III.

Zeichen 325.1 darf nur angeordnet werden, wenn Vorsorge für den ruhenden Verkehr getroffen ist.

IV.

Zeichen 325.1 ist so aufzustellen, dass es aus ausreichender Entfernung wahrgenommen werden kann; erforderlichenfalls ist es von der Einmündung in die Hauptverkehrsstraße abzurücken oder beidseitig aufzustellen.

V.

Mit Ausnahme von Parkflächenmarkierungen sollen in verkehrsberuhigten Bereichen keine weiteren Verkehrszeichen angeordnet werden. Die zum Parken bestimmten Flächen sollen nicht durch Zeichen 314 gekennzeichnet werden, sondern durch Markierung, die auch durch Pflasterwechsel erzielt werden kann. "